

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Geschäftsleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 7. März 1931

Nummer 19

Prinzipale auf dem Holzweg

Seit einiger Zeit macht sich ab und zu in der „Zeitschrift“ unter dem Pseudonym „Ecardi“ ein neuer Kämpfer gegen die Gehilfenschaft und insbesondere gegen den „Korr.“ bemerkbar. In Nr. 13 des Prinzipalsorgans vom 13. Februar stieg er mit dem Thema „Lohnraub“ — Verständnis für die Lage fordern wir! — so tief in die Tinte, daß wir uns verpflichtet fühlen, ihm dafür nachträglich noch eine Quittung auszustellen. In erster Linie regte sich „E.“ darüber auf, daß in Nr. 11 des „Korr.“ vom 7. Februar in dem Artikel „Lohnraub oder Abbau des Arbeitslosenelends?“ dem Unternehmertum Befähigung und Wille zur vernünftigen und gerechten Verwaltung der ihm aus dem Gütererzeugungs- und -verteilungsprozeß aufstrebenden Betriebsergebnisse so lange abgeprochen wird, als es andre Kreise für seine verfehlte Wirtschaftsführung verantwortlich und durch Lohnabbau haßbar zu machen sucht. „Ecardi“ beurteilt dies als Hohm auf die wirklichen Wirtschaftsverhältnisse und sucht dies mit folgenden Sätzen zu bekräftigen:

„... Wer hat fast ein Jahrzehnt lang gewarnt, den Bogen der verbindlich erklärten Löhne, die Befastungen durch soziale Beiträge nicht zu hoch zu spannen, die Produktion nicht zu überteuern und sie konkurrenzfähig zu lassen? Die Arbeitgebervertreter sind es — oft verhöhnt von der Gegenseite — gewesen, die auf den Ausgang der überkürmten „Kulturlohne“ und übermäßigen Tarifserhöhungen hingewiesen haben. Jetzt, nachdem man den Schutthaufen der getrümmerten Wirtschaft vor sich sieht, versucht man erneut die Schuld von sich zu schieben und fabuliert von ungenügender „Befähigung“ u. dgl. Daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo die Herren, die uns diese Suppe eingebracht haben, sie auch ausöffeln sollen, wo die Frage klar ihre Verantwortung trägt, wer den Niedergang verschuldet hat, will man es nicht gewesen sein und schiebt in hergebrachter Weise die Schuld auf den andern.“

Hätten sich also die Arbeiter im Buchdruckgewerbe in der Vergangenheit stets mit jenem Lohn und jenen Arbeitsbedingungen zufrieden gegeben, die ihnen die wirtschaftliche und soziale Einseitigkeit eines „Ecardi“ gnädigst bewilligt hätten, so hätten sie wahrscheinlich heute alle die Englein singen und hätten auch gar keine Ursache über Lohnraub zu klagen. Ein Schelm könnte dann höchstens noch glauben, daß überhaupt auf diesem Gebiet noch etwas zu bewilligen wäre; nicht einmal durch einen verbindlich erklärten Schiedsspruch wäre das möglich. Wir hätten uns also den ganzen heutigen Groll ersparen können, wenn wir von jeher darauf verzichtet hätten, neben der Entbe, arbeiten zu dürfen, auch noch in der Lohnfrage mitreden zu wollen. Leider selbst uns bisher dazu der Verstand; den hat nur „Ecardi“ und seinesgleichen. Deshalb stellte er seinem Artikel in der „Zeitschrift“ auch das Motto aus Schillers „Demetrius“ voran: „Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen.“ Auf diese geistige Beschränktheit dürfte es auch zurückzuführen sein, wenn wir behaupten, daß der Entbecker dieser Verzichtstheorie auf dem Lohngebiet von der Tarifgeschichte des deutschen Buchdruckgewerbes kaum eine Ahnung zu haben scheint. Denn „verbindlich erklärte Löhne“ sind bisher in unserem Gewerbe zu 90 Proz. erst auf Antrag von Unternehmerseite „verbindlich“ geworden. Auch ist es den Prinzipalen bisher noch nicht ein einziges Mal eingefallen, einen Antrag auf Erhöhung des Tariflohnes von sich aus zu stellen. Sie übten auf diesem Gebiet stets passive Resistenz und taten nur, was ohne größeren Schaden nicht zu vermeiden war. Selbst in Zeiten bester Konjunktur mußten sie erst von Gehilfen Seite zu einer Anpassung der Löhne an die gesteigerten Lebenshaltungskosten gedrängt werden. Trotzdem hatten die meisten Prinzipale auch dann immer noch Mittel genug, den Produktionsapparat nicht nur „auf der Höhe“ zu halten, sondern ihn auch noch weit über den tatsächlichen Bedarf hinaus zu erweitern. Nur so ist es gekommen, daß heute ein großer

Teil der teuren Produktionsmittel brach liegt und die daraus resultierende Belastung der Produktion die Betriebsergebnisse bei fast gleicher Zahl der beschäftigten Gehilfen wie in den letzten drei Jahren aufsaugt. Das ist zwar ein Konstruktionsfehler, der nicht nur für die Wirtschaftsführung im Buchdruckgewerbe so unheilvolle Folgen nach sich gezogen hat, sondern das gesamte privatkapitalistische System in die jetzige Krise gebrängt hat. Dafür aber die Arbeiterschaft verantwortlich zu machen, weil sie von den früheren Produktionsergebnissen einen größeren Anteil durch höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeit gefordert hat und noch fordert, das können doch nur Geister, die nicht zu erkennen vermögen, daß sie den größten Teil der bisherigen Betriebsergebnisse in Sachwerte gesteckt haben, die im gleichen Maße an Wert verlieren, als die Absatzfähigkeit ihrer Erzeugnisse infolge ungenügender Kaufkraft der Käufer zurückgeht.

Daß „Ecardi“ dies am allerwenigsten einsehen kann, nehmen wir ihm weiter nicht übel, denn es fehlt ja bekanntlich auf diesem Gebiet nicht einmal an Männern der Wissenschaft, die vor lauter geistiger Weitsichtigkeit das Nächstliegende nicht sehen. Es ist daher auch kein Wunder, daß er zur Verteidigung seiner haktlosen Situation auch noch zu ungeschickten Unterstellungen greift, was er mit folgendem Satz tut: „Aber es bleibt nicht allein bei den Worten, man fordert im „Korrespondent“ auch zu Taten auf: Die Gehilfen werden höflich und dringend ersucht, auf eine Mäßigung ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit Bedacht zu nehmen und die Konsequenz einer angemessenen Gegenleistung im Produktionsprozeß (!) dem angebrohten Lohnraub gegenüberzustellen.“ Diese Unterstellung bezieht sich auf folgende Sätze im Leitartikel der Nr. 11 des „Korr.“:

Deshalb wird und muß auch die von einer Herabsetzung der Löhne und Gehälter erwartete Senkung der Produktionskosten sich auf die Dauer als eine falsche Rechnung erweisen, weil sie zu einer Mäßigung persönlicher Leistungsfähigkeit aller von einem Lohnabbau betroffenen Arbeiter und Angestellten führen muß, und zwar in logischer Parallele zur sinkenden Initiative oder Unternehmungslust in Unternehmenskreisen bei einem Rückgang der Betriebsergebnisse. Die allbekannte Unwirtschaftlichkeit jeglicher Art Zwangsarbeit oder „Arbeitsdienstpflicht“ ist der beste Beweis für die Richtigkeit dieser Beurteilung der Dinge, wie sie in Wirklichkeit sind. Daß die deutschen Buchdrucker sich selbst ins Geßicht schlagen würden, wenn sie dem angebrohten Lohnraub nicht die Konsequenz einer angemessenen Gegenleistung im Produktionsprozeß gegenüberstellen würden, dürfte daher kaum zu bestreiten sein!

Wir haben also die Gehilfen weder höflich, noch dringend ersucht, auf eine „Mäßigung ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit“ Bedacht zu nehmen, sondern wir haben eine solche Mäßigung unter Berufung auf die schon oft in Unternehmerkreisen behauptete sinkende Initiative oder Unternehmungslust bei einem Rückgang der Betriebsergebnisse nur als eine natürliche Folge des beabsichtigten Lohnraubs beurteilt. „Ecardi“ ist selbst der beste Kronzeuge für eine Unternehmergegnung, die ihren Bestand nur auf höheren Opfern anderer Menschen aufbauen kann. Wir gehen, soweit die Arbeiterschaft in Frage kommt, aber gar nicht so weit; wir fordern nur gerechte Verteilung der Betriebsergebnisse und empfehlen, der Erfüllung dieser Forderung auch dementsprechende Leistungen gegenüberzustellen.

„Ecardi“ scheint übrigens selbst eine kleine Ahnung davon zu haben, daß in dieser Beziehung mit der Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes kein Schindluder getrieben werden kann, indem er im weiteren Verlauf seines Klagestückes folgendes schreibt: „Was würde wohl geschehen, wenn ein Prinzipal an seine Gehilfen mit dem Ansinnen herantreten würde: Verehrter Mitarbeiter, diesen Auftrag habe ich z Prozent unter Preistarif annehmen müssen. Sie sind wohl damit einverstanden, wenn während der Zeit der Aus-

führung dieses Auftrages, entsprechend der Lohnquote, z Prozent Löhne weniger gezahlt werden!“ — „Hui! Her mit dem Betriebsrat, unerhörte Zumutung! sofortige Stilllegung“ usw., das wäre das Geringste, was geschehen würde.“ Abgesehen von der Unwahrscheinlichkeit, daß ein Unternehmer seine Arbeiter mit der Ansprache „verehrter Mitarbeiter“ beehren würde, würde auch die Antwort mit Recht wesentlich anders ausfallen. Denn einmal ließe selbst der heutige um ganze 4 Proz. gesenkte Preistarif im Vergleich zum Stand des Lohn tariffs einen noch wesentlich höheren Abschlag zu, nur nach der Seite der Belastung aus andern Ursachen, die wir schon erwähnt haben, dürfte das nicht so leicht sein. Deshalb ist es auch verfehlt, für Preisunterbietungen, bei denen andre Betriebskosten als der Lohn nicht genügend berücksichtigt sind, den Ausgleich nur auf der Lohnseite zu suchen. Das müßte vielmehr nach der Seite geschehen, die die in Betracht kommende ungesunde Belastung selbst verschuldet hat, und zwar als sogenanntes Betriebsrisiko. Kein Gehilfe verlangt, daß ein Unternehmer nicht in gerechter Weise auf seine Rechnung kommt; er mutet ihm daher auch gar nicht die Übernahme von Aufträgen zu, bei denen nur mit Verlust gearbeitet würde. Solche Gefahren zu vermeiden, ist im Rahmen der privatkapitalistischen Wirtschaftsform in erster Linie Aufgabe des Unternehmers. Sie wäre im deutschen Buchdruckgewerbe nicht schwerer als die Sicherung einer zeitgemäßen Entlohnung, wenn auf Unternehmerseite der gleiche Zusammenhalt und die gleiche Kollegialität bezüglich der Sicherung einer gerechten Preisgestaltung vorhanden wäre, wie dies in dem Bestreben auf Lohnabbau zu verzeichnen ist. „Ecardi“ selbst dürfte jedoch ein wenig nachahmenswertes Beispiel auf diesem Gebiet sein. Denn nach einem seiner früheren Artikel in der „Zeitschrift“ rechnet er für seinen Betrieb trotz einer sicher nicht gerade vorbildlichen Entlohnung seines Personals mit einem Lohnanteil bis zu 70 Proz. der gesamten Gestehungskosten. Das könnte aber nur dadurch möglich sein, daß er entweder Druckaufträge zu Preisen übernimmt, die zwischen 40 und 60 Proz. unter dem Preistarif stehen; oder er hat in den letzten Jahren seinen Betrieb kurzfristigerweise so stark ausgebaut, daß er jetzt auf dem Trockenen sitzt und infolge Ausbleibens dementsprechender Aufträge derart mit festen Betriebskosten belastet ist, daß er sich nicht mehr anders zu helfen weiß, als von der Arbeiterschaft Verständnis und Deckung für seine verfehlten Kapitalanlagen zu fordern. Nicht ausgeschlossen wäre aber auch, daß „Ecardi“ infolge rücksichtsloser und kurzfristiger Preisunterbietungen, die eine Erneuerung veralteter Produktionsmittel in seinem Betriebe unmöglich gemacht haben, allmählich so ins Gedränge mit leistungsfähigeren Konkurrenten gekommen ist, daß er das Ende seiner Herrlichkeit als selbständiger Unternehmer immer näher rückt sieht. Dann bliebe „Ecardi“ allerdings wohl kaum noch etwas andres übrig, als sich, sofern er über die erforderlichen Berufskenntnisse verfügt, in die Reihen der Gehilfenschaft einzufügen und deren Los zu teilen. Wir sind fest davon überzeugt, daß er dann sehr schnell von seinem heutigen Wahn geheilt würde, in dem er von der fixen Idee besessen zu sein scheint, daß die nur aus der heutigen Lage der Gehilfenschaft resultierenden Forderungen einer zum Leben ausreichenden Entlohnung und einer nur im Interesse unsrer arbeitslosen Kollegen liegenden Arbeitszeitverkürzung sinnlos wären oder gar einer unberechtigten Bereicherung gleichkämen. Wie wenig insbesondere das Letztere zutrifft, soll in einem zweiten Artikel abschließend dargelegt werden. Denn die Wiedereinrichtung unsrer arbeitslosen Kollegen in den Produktionsprozeß ist und bleibt die wichtigste Aufgabe, für deren Lösung auch das Unternehmertum die Pflicht hat, Opfer zu bringen! (Schluß folgt.)

50 Jahre Mitgliedschaft Chemnitz

Wir leben in einer schweren Zeit, die nicht dazu angetan ist, Feste zu feiern. Wenn aber 50 Jahre seit dem Tage verflohen sind, da eine kleine Schar Klassenbewußter und zu Opfern bereiter Kollegen sich zusammengeschlossen hat, um ihrer Berufsgruppe den Weg zum Aufstieg zu bahnen, dann ist ein begründeter Anlaß vorhanden, diesen Tag festlich zu begehen. Solche Feste sind Tage der Selbstbestimmung, sind Kampfspausen, die stärken und mit neuem Mut erfüllen sollen. In diesem Sinne feierte am 22. Februar die Mitgliedschaft Chemnitz ihr 50jähriges Bestehen. Eine technisch gut ausgeführte Festschrift legte Zeugnis ab von den schweren Kämpfen, die unser Altken geführt haben; aber auch von den Erfolgen der Buchdrucker in fortschrittlicher und kultureller Beziehung.

Der erste Teil der Feier ging am Vormittag in der „Schauburg“ vor sich, deren großer, über 1200 Personen fassender Lichtbildsaal der Veranstaltung einen würdigen Rahmen gab. Zahlreich hatten sich die Kollegen mit ihren Angehörigen eingefunden. Ein Präliminium für Orgel, meisterhaft gespielt von Herrn Z h l e, bildete den Auftakt der Feier. Vorsitzender W a n g e l i n begrüßte die erschienenen Gäste, die Vertreter der städtischen Behörden und der graphischen Verbände. Im Mittelpunkt der stimmungsvollen Feier stand die Festschrift des Kollegen K a r l H e i m h o l z (Berlin). In marantem Zügen schilderte er zunächst die Entwicklung des Verbandes und das Werden des Jubiläumsvereins. Die Feier des goldenen Jubiläums der Mitgliedschaft Chemnitz solle zu einer Kraftquelle werden, die Zeugnis ablege von starkem Gemeinschaftsgeist und lebendigem Gemeinschaftsgefühl, die in der mühevollen, ähren Arbeit innerhalb der Berufsorganisation ihren Ausdruck fanden. Von jeher sei das Bestreben der Buchdrucker darauf gerichtet gewesen, praktische Arbeit zu leisten, hierin waren sie vorbildlich für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung. Gerade in der gegenwärtigen schweren Zeit allgemeiner Arbeitslosigkeit und seelischer Not sei mancher Kollege verzagt und müsse gestützt werden durch das Bewußtsein, daß seine Organisation als Beschützerin hinter ihm stehe. Im Rahmen des Verbandes habe sich die Mitgliedschaft Chemnitz stets durch treue Mitarbeit ausgezeichnet. In ihren Reihen befinden sich 180 Kollegen, die dem Verband über 25 Jahre angehören, darunter drei über 50 Jahre. Besondere Dank gebühre auch den drei noch lebenden Gründern der Mitgliedschaft, den Kollegen Richard Lange, Emil Höfner und Ernst Findeisen, die über ein halbes Jahrhundert dem Verband die Treue bewahrt haben. Durch Solidarität und Opferfreudigkeit der Mitglieder habe der Verband seine heutige Maßstellung erungen. Das sei vornehmlich den „Altken“ zu danken, die keine Mühe und Arbeit gescheut und schwere persönliche Opfer gebracht haben; Aufgabe der jungen Kollegen müsse es sein, in gleicher Weise zu wirken und die Position des Verbandes zu festigen. Aber allem müsse das Wohl des Verbandes stehen; denn dessen Wohl verberge auch das Wohl der Berufsangehörigen. Kollege Heimholz schloß seine eindrucksvolle, mit starkem Beifall aufgenommene Rede mit einem Hoch auf den Verband, in das die Versammelten begeistert einstimmten. Gauvorsteher D e r k e l überbrachte sodann die Glückwünsche des Gauverbandes und der Kollegen im Gau und betonte das gute Zusammenarbeiten mit der Mitgliedschaft Chemnitz. Wohl sei es dem Unternehmen mit Hilfe der Regierung festzuhalten, den Aufstieg der Gehilfsenschaft zu hemmen, doch werde es ihnen nie gelingen, eine geistig hochstehende Arbeitergruppe, wie die Buchdrucker es seien, niederzuzwingen. Stadtrat S u b i n g überbrachte die Grüße des Rates der Stadt Chemnitz und forderte die Buchdrucker auf, den Geist der Solidarität, dem sie ihre Erfolge verdanken, auf die Jugend zu übertragen und so den weiteren Aufstieg zu sichern. Weiter übermittelten noch Glückwünsche Kollege S c h i l f für das Graphische Kartell und Stadterordnungsverweser S c h r e i b e r.

Der weitere Verlauf der Feier gestaltete sich sehr harmonisch. Der Gesangverein „Gutenberg“ unter der Leitung des Kantors L a g m a n n bot gute Leistungen mit dem Vortrag der Männerchöre „Sonntagsfeier“ von K h m a n n und „Märzluft“ von Angerer. Mit einem Finale für Orgel schloß die wirklich ergebende Feier, die allen Teilnehmern unvergesslich bleiben wird.

Der unterhaltende und heitere Teil der Jubiläumsfeier spielte sich am Nachmittag und Abend in den Sälen des „Thaliahauses“ ab. Am Nachmittagskonzert wirkten mit: das Thalia-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters K e l l e r und der Männer- und Frauenchor des Gesangsvereins „Gutenberg“ unter Leitung des Kantors L a g m a n n. Die Ausführenden erfüllten ihre gewiß nicht leichten Aufgaben in einer Weise, die höchstes Lob verdient. Die Besucher dankten durch lebhaften Beifall.

Im Rahmen des Programms waren auch Begrüßungsansprachen vorgesehen. Durch Glückwünsche gaben ihrer Sympathie mit den Buchdruckern Ausdruck: Kollege M i l l e r im Namen der Ortsauschüsse des ADGB, des ADV, und das AFD-Bundes; Kollege K r a f f e r im Auftrag der Mitgliedschaft und des Bezirks Zwickau; Kollege L i n k e im Namen des Ortsvereins Plauen, unter gleichzeitiger Aberreichung eines Protokollbuches mit einer goldenen „50“ auf dem Umschlag; Kollege J e n s c h im Auftrag der Baugenossenschaft und der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion und Kollege M a t t h e s für alle Sparten, unter Aberreichung eines Tischgonges, der die Kollegen ermahnen soll, pünktlich und zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen. Kollege S e i m h o l z richtete noch einen Appell an die Frauen, die Bestrebungen

der Männer, ihrer Organisation zu dienen, zu unterstützen und zu fördern. Weiter waren noch viele Glückwünsche und Telegramme von verschiedenen Gauen, Ortsvereinen und einzelnen Kollegen eingegangen. Kollege W a n g e l i n dankte im Namen der Mitgliedschaft für alle Glückwünsche und Geschenke.

Während nach Beendigung des Konzerts im großen Saal das Tanzeln bis nachts 2 Uhr geschwungen wurde, erkeuten im kleinen Saal Frä. Barth (Leipzig), Herr Lachmann und der Männer- und Frauenchor „Gutenberg“ die älteren Mitglieder und Nichttänzer durch heitere Vorträge, Nieder zur Laute und Gesang.

Inzwischen waren die Jubilare durch Aberreichung von Nadeln, in den Buchdruckerfarben gehalten, geehrt und die Arbeitslosen und Invaliden durch Auszahlung einer Sonderunterstützung er freut worden. Auch diese Beweise der Kollegialität und Solidarität trugen dazu bei, die Organisation zu festigen und der gelungenen Feier einen schönen Abschluß zu geben. Und nun, frisch ans Werk: der „100“ entgegen.

Interessenten können die Festschrift durch P a u l W a n g e l i n, Chemnitz, Sonnenstraße 71, II, zum Selbstkostenpreis (1,15 M. einschließlich Porto) beziehen.

Was erfordert unsere Zeit?
Weltbürgerliches Denken vor allem! Das literarische Programm der Büchergilde Gutenberg enthält die besten Namen der Weltliteratur

Zur Wirtschaftslage des Deutschen Reiches

Zu Zeiten anhaltender Stagnation und bauernden Rückgangs der Geschäftstätigkeit pflegt jedes auch nur zeitweilige Abweichen von der Linie des Niedergangs mit besonderer Aufmerksamkeit und Anteilnahme entgegen genommen zu werden. Allzu leicht ist man bereit, unter Vernachlässigung der unvermindert bestehen bleibenden Krisensymptome in jeder günstigeren Nachricht das erste Anzeichen der so lang ersehnten Besserung der Wirtschaftslage zu erblicken. So war für viele Wirtschaftsberichte das Steigen der Aktienurse und die etwas schäferere Umsatztätigkeit an der Berliner Börse bereits die Bestätigung, daß endlich der Tiefstand der Krise überschritten und die erste Etappe des Aufstiegs erreicht sei. Diese Hoffnungen müssen jedoch leider bei näherer Betrachtung als verfrüht angesehen werden. Denn alle für eine Beurteilung der Wirtschaftslage in Betracht kommenden Vergleichspunkte, wie Beschäftigungsgrad, Produktionshöhe, Wagenstellung der Reichsbahn, Preise und Zinsen zeigen ein Anhalten der Krisenercheinungen, und zwar in unverminderter Stärke. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Monat Januar um weitere 381 000 auf 4 765 000 angewachsen und die Berichte der Gewerkschaftsverbände weisen einheitlich einen weiteren Rückgang der Beschäftigung auf. In der Saisongruppe ist die Arbeitslosigkeit von 64,3 auf 72,8 Proz. gegen Ende Januar angeklungen, so daß nur noch 17,2 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder beschäftigt sind, ein Tiefstand, der weber in den vorausgegangenen Krisen, noch während der Kältekatastrophe im Frühling 1929 zu verzeichnen war. Um mehr als 50 Proz. liegt die Ziffer der Arbeitslosen gegenwärtig über dem Stand des Vorjahres. Die arbeitsmäßige Wagenstellung der Reichsbahn ging von 104 700 in der ersten Januarwoche auf 102 400 in der ersten Februarwoche zurück. (123 400 im Vorjahr). Der Dinstonah beträgt in Deutschland noch immer 5 Proz., gegen 2 Proz. in Paris und New York und 3 Proz. in London. Auf eine Herabsetzung des während der Währungs- krisen erhöhten deutschen Diskontsatzes ist jedenfalls vorläufig nicht zu denken.

Von der internationalen Geldkräftigkeit ist also der deutsche G e l d m a r k t noch unberührt geblieben, obwohl der große Unterschied im heimischen gegenüber dem ausländischen Zinsniveau das Hereinströmen kurzfristiger wie langfristiger Mittel hätte anregen müssen. Eine gewisse Hoffnung, daß die Fräftigkeit der ausländischen Geldmärkte, vor allem des französischen, der deutschen Wirtschaft in Zukunft mehr als bisher zugute kommen werde, kann vielleicht daraus abgeleitet werden, daß inzwischen nach allerdings sehr langwierigen Verhandlungen der Reichszwischengeldt zustande gekommen ist, durch den die Finanzierung der vom Reich an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte verkauften Reichsbahnvorzugsaktien ermöglicht wurde. Infolgedessen erhält das Reich noch vor Ende März 119,5 Millionen Mark zu einem Satz von 6½ Proz. ausbezahlt, von denen auf das französische und das amerikanische Bankensortiment je etwa 32 Millionen, auf das schweizerische 25,2, auf das holländische und das schwedische je etwa 8,4 Millionen Mark entfallen. Der Kredit läuft bis Ende 1932 und ist bis dahin von der Reichsversicherungsanstalt in Katen abzudecken. Die Aussicht auf langfristige Auslandskapitalien ist jedoch nicht sehr günstig, da der Geldfräftigkeit auf den internationalen Märkten keine entsprechende Fräftigkeit auf den Kapitalmärkten entspricht, was deutlich aus dem sehr viel höheren Zinssatz für langfristige Kapitalien in der ganzen Welt hervorgeht. Im Januar konnten auf dem deutschen Kapitalmarkt nur 28,5 Millionen Anleihen begeben werden, wovon allein 20 Millionen Mark auf die Ausgabe von Schatzanweisungen der Stadt Frankfurt a. M. entfielen.

Die P r o d u k t i o n gerade der großen Wirtschaftszweige hat in den letzten Wochen ihre sinkende Tendenz beibehalten. Nach den neuesten Berechnungen stand der industrielle Produktionsindex (1920 = 100) im Dezember

auf 78,9, gegenüber einem Index von 96,0 im Dezember des vorausgehenden Jahres. Im Durchschnitt des Jahres 1930 ergab sich ein Produktionsindex von 85,8, d. i. gegenüber 1928 ein Rückgang um 16 Proz. Im Steinlofenbergbau haben sich die Haldbestände wieder erhöht. Auch die Brauntohlenindustrie klagt mit Ausnahme des rheinischen Reviers über Absatzrückgang und legt die Verminderung der Belegschaften fort. Im Ruhrlofenbergbau betrug die Zahl der wegen Absatzmangels eingeleiteten Feierlichkeiten in der ersten Februarwoche 43 420, gegen 20 873 zu Beginn des Jahres. Die arbeitsmäßige Kohlenförderung ging von 334 400 Tonnen in der ersten Januarwoche auf 295 000 Tonnen in der ersten Februarwoche zurück, liegt somit um etwa 100 000 Tonnen unter dem Stand der Förderung zur entsprechenden Zeit des Vorjahres. Auch die Lage der Eisen- und Stahlindustrie zeigt keinerlei Besserung. Die Rohstahlerzeugung, die Januar vorigen Jahres arbeitsmäßig noch 49 100 Tonnen betrug, hatte Januar 1931 nur noch eine Höhe von 29 700 Tonnen, gegen 31 000 Tonnen im Dezember 1930. Die Erzeugung von Roheisen ging Dezember 1930 gegen Dezember 1929 um 0,5 Millionen Tonnen von 1,1 Millionen Tonnen auf 0,6 Millionen Tonnen zurück. Die Belegung auf den Eisenmärkten, die nach der Senkung der Eisenpreise zu verspüren war und zu einer stärkeren Auffüllung der Lager bei den Händlern führte, ist nicht von Dauer gewesen und hat infolge des geringen Umsatzes der vorgenommenen Eisenpreisabsetzung keine anhaltende Absatzsteigerung bringen können. Auch in der Maschinenindustrie haben sich die Absatzverhältnisse im Inland weiter verschlechtert, während sich der Auftragsengang aus dem Ausland, vor allem für Spezialmaschinen, im Januar bessern konnte. Doch ging auch in diesem Monat sowohl die durchschnittliche Wochenarbeitszeit wie die Zahl der Belegschaft weiter zurück. Nach einem Bericht des Vereines Deutscher Maschinenbauer ist die Leistungsfähigkeit der deutschen Maschinenindustrie gegenwärtig nur zu einem Sechstel ausgenutzt. In der chemischen Industrie hat nach wie vor die Kunsstoffindustrie unter großen Absatzminderungen zu leiden, während andere Abteilungen, wie Photobedarf, Arzneimittel usw., weniger stark vom Produktionsrückgang ergriffen sind. Auch in der elektrotechnischen Industrie, die lange Zeit bis tief in die Krise hinein einen verhältnismäßig günstigen Produktionsstand beibehalten konnte, gingen die Auftragsengänge zurück. Sehr schlecht ist die Lage der Holzindustrie, in der gegenwärtig 60 Proz. aller Arbeiter ganz oder teilweise arbeitslos sind. Auch die Lage der Zellstoff- und Glasindustrie hat sich nicht verändert. In der Textilindustrie ist die Lage uneinheitlich. Infolge der Ausverkäufe konnte sich die Nachfrage in der Konfektionsindustrie und in der Tuch- und Baumwollindustrie zeitweilig beleben, doch setzte bereits Ende Januar ein Nachlassen der Aufträge ein. Allen die geringe Vorratsbildung beim Einzelhandel vermag Ausfüchten zu bieten, daß die Produktion wichtiger Konsumartikel in nicht allzu langer Ferne ausgedehnt werden muß.

Für die Lage der L a n d w i r t s c h a f t spielen die öffentlichen Subventionen eine ständig größere Rolle. In der Reichstagsdebatte über die Wirtschaftspolitik wurde darauf hingewiesen, daß für die Landwirtschaft jährlich aus Steuermitteln und Konsumentenopfern 3½ bis 4 Milliarden aufgewandt werden, so daß die deutsche Öffentlichkeit mehr als ein Drittel des gesamten Produktionswertes der Landwirtschaft in Form von Subventionen beisteuert. Die Gegenwürde über die deutsche D h i s s e, die inzwischen die Zustimmung des Reichstages und der preussischen Staatsregierung gefunden haben, sehen allein für die Umschuldung der Landwirtschaft die Bereitstellung von 870 Millionen Mark vor, und zwingen darüber hinaus dem Reich weitgehende und sicherlich verlustbringende Bürgschaften auf. So bedeutet das D h i s s e Programm ebenfalls einen weiteren Schritt in der angegebenen Richtung wachsender Subventionen für die Landwirtschaft. Hinzu kommt, daß gerade jetzt wieder der Landwirtschaftsminister neue Agrarzölle anfordert, so Zollermäßigungen für Getreide und landwirtschaftliche Veredelungsprodukte (vor allem Butter), Zollbefreiungen für Milchenfrüchte und die Erweiterung des Einfuhrzollensystems. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß diese Pläne mit Sicherheit zu einer Aufhebung der S a n d e s v e r t r ä g e mit Stafien und Spanien und mindestens zu einer Gefährdung der Verträge mit Frankreich und Holland führen müßten und so eine untragbare Belastung des deutschen Industrieexports darstellten. Begreiflicherweise hat die Vorlage des Reichsernährungsministers, die zwar noch hinter den Vorschlägen der „Grünen Front“ zurückbleibt, bei fast allen verständigen Wirtschaftspolitikern heftigen Widerstand gefunden und bereits zu einer Eingabe selbst des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Reichstagsler geführt. Die wirkliche Sanierung der deutschen Landwirtschaft ist nicht auf dem Wege einer ständigen Erhöhung der Agrarzölle zu finden, sondern allein durch Steigerung der Produktivität und Verbesserung der landwirtschaftlichen Absatzverhältnisse.

Die Schrampfung des deutschen U m s a t z e s hat sich auch im Januar fortgesetzt. Wenn man die Einfuhrseite von den Zollabrechnungen bereinigt, so ergibt sich ein Einfuhrrückgang Januar 1931 gegenüber Dezember 1930 um 96 Millionen Mark (585 Millionen gegen 681 Millionen). Der Ausfuhrüberschuß ging zur gleichen Zeit von 222 Millionen Mark im Dezember auf 60 Millionen im Januar 1931 zurück. Dieser bedeutende Ausfuhrverlust entfällt fast ausschließlich auf den Rückgang der deutschen Fertigwarenausfuhr, so bei elektrischen Maschinen um 18 Millionen, bei Eisenwaren um 16 Millionen und Textilien um 14 Millionen. Der Rückgang der Einfuhr betrifft zu 46 Proz. die Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren, zu 34 Proz. von Lebensmitteln und zu 20 Proz. von Rohstoffen. E. W.

Das Genossenschaftswesen

Erhöhte Marktbereitschaft für Konsumgenossenschaften

Wer hätte es je einmal für möglich gehalten, daß die Konsumgenossenschaften als Gesamtheit ihre Existenz verteidigen müßten? Jede einzelne für sich — ja, gegen geschäftliche Konkurrenz, wirtschaftliche Krisenzeiten und sonstige Dinge, die zu sogenannten Betriebsinsuffizienzen föhrtren konnten. Aber dies bildete Einzelfälle. Jetzt handelt es sich darum, die Konsumgenossenschaftliche Bewegung vor den politischen Krisenmaßnahmen zu schützen, deren Firmen Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und Deutsche Wirtschaftspartei heißen.

Man erinnert sich noch, daß im vorletzten Reichstag für Warenhäuser und Konsumvereine die Sonderumsatzsteuer auf Betreiben der Wirtschaftspartei beschlossen wurde, trotzdem der Zentrumsabgeordnete Schlaß vom Reichsverband deutscher Konsumvereine (Köln) die Regierung seines Parteifreundes Brüning als die reaktionärste seit Bestehen der Republik anprangerte, wenn die Sonderumsatzsteuer, die sich vor allem gegen große Konsumvereine richtet, beschlossen werden sollte. Aber sie wurde beschlossen, weil eine politische Zwangsläufigkeit, bei der die Brüning-Regierung auf die 20 Stimmen der Wirtschaftspartei angewiesen war, von dieser in schamloser Weise zu einer unmoralischen Preissenkung ausgenutzt wurde. Dafür müssen die Konsumvereine jährlich 10 Millionen Mark Umsatzsteuer mehr bezahlen, als der Privathandel bei gleich hohem Umsatz zusammen. Und der famose Justizminister Bredt von der Wirtschaftspartei verführte in aller Öffentlichkeit, daß dies nur der erste Schritt in der Bekämpfung der Konsumvereine bis zu deren völligen Ausrottung sei. Die Nationalsozialisten hatten schon vorher im Reichstag, als sie wegen der Frage „gestellt“ worden waren, mit widerlicher Frechheit gepöbel, daß die Ausrottung der Konsumvereine ihr Ziel sei!

Und nun wird in der Tat der zweite Streich auf diesem Gebiet versucht. Während Sozialdemokratie, Zentrum und Staatspartei Anträge zur Beseitigung der Sonderumsatzsteuer im neuen Reichstag einbrachten, stellte vor kurzem die Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Steuerausschuß des Reichstages den Antrag, die Ausnahmesteuer zu verdoppeln, und ihr Wortführer, ein Rechtsanwalt (!), gab zynischerweise wieder zu, daß ihr Ziel auf die steuerliche Erdrosselung der Konsumvereine gerichtet sei. Was nun die Wirtschaftspartei, eine fast ebenso widerliche Erscheinung wie die Nationalsozialisten, mit einem Antrag übertrumpft, der, auf der Sonderumsatzsteuer von 50 Pf. pro Tausend Mark Umsatz aufbauend, in Staffeln von 2 bis 10 M. Jahresumsatz auf 20 bis 40 M. Steuer vom Tausend, also 20 000 bis 40 000 für eine Million Umsatz und 400 000 M. Sondersteuer bei 10 Millionen Mark Umsatz ansteigen soll!

Damit soll der Wettbewerb der Konsumgenossenschaften gegenüber dem Privathandel völlig unterbunden und dieselben zum Siechtum verurteilt werden. Eine wirtschaftlich schandbare Wänscht. Man beachte: Die Konsumgenossenschaften sind Wirtschaftsorganisationen der Selbsthilfe, sie regulieren automatisch den Preisabbau; sie bestehen bei rund 4 Millionen Mitgliederfamilien zu rund 75 Proz., also 3 Millionen aus Arbeiterfamilien, deren Wäter, Söhne und Töchter zu Hunderttausenden arbeitslos sind. Und dagegen wagen sich solche Schamlosigkeit vor, wie die beiden Anträge der Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei!

Dabei ist bei der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, deren Firmenschild gleich zwei Fliegen auf einmal enthält, da sie weder „sozialistisch“ noch „Arbeiterpartei“ ist, noch ein schamloses Demagogentum festzustellen. Insofern sie nämlich laut Inzerat im „Wärtischen Beobachter“, ihrem Hauptorgan, in allen Städten Deutschlands Lebensmittelverteilungsstellen errichten wollen, in denen Parteimitglieder mit einem Monatsgehalt von 200 M. untergebracht werden sollen. Und was ihre Mittelstandspolitik sonst noch betrifft, so ist sie gekennzeichnet durch eine Auslassung des Grafen Reventlow im „Reichswart“ mit dem Satz: „Wir Nationalsozialisten erblicken im Bürgeramt, wie es in Deutschland ist und sein will, etwas, das verschwinden muß, und zum Untergang reif ist!“

Danach kann sich der zwischenhandeltreibende Mittelstand darauf gefaßt machen, für einen unlauteeren Kampf gegen die Konsumgenossenschaften von den Nationalsozialisten mit Skorpionen gegähtigt zu werden nach dem Bibelzitat: „Womit du aber gesünder bist, wirst du gestraft werden!“

Die Konsumgenossenschaften aber werden in erhöhter Marktbereitschaft den parteipolitischen Schandbrieffen rechtzeitig und endgültig parieren müssen, wenn sie nicht wirklich erdroßelt werden wollen. Es ist höchste Zeit, daß die Millionenfamilien der Konsumgenossenschaften dem verbrecherischen Treiben der Nationalsozialisten und Wirtschaftspartei ein Ende bereiten.

Finanzielle Fundierung und Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften

Daß die Kongresse des Internationalen Genossenschaftsbundes nicht nur Massendemonstration und Präsentation der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft sind und sein sollen, zeigte eine ganze Anzahl von schriftlich vorgelegten Referaten auf dem im August 1930 abgehaltenen Wiener Internationalen Genossenschaftskongress. Referate, die in die verwirklichten Probleme der Volks- und Weltwirtschaft hineinleuchteten und den Beweis erbrachten, daß die genossenschaftliche Wirtschaftsbewegung durchaus ihre Aufgabe begriffen hat, an der Umwandlung des privat-

kapitalistischen Wirtschaftssystems in ein gemeinwirtschaftliches praktisch und theoretisch teilzunehmen.

Eines dieser Referate, erstattet von der internationalen Bankkommission des Internationalen Genossenschaftsbundes, behandelt die Genossenschaftsbanken und das bei ihnen im Umlauf befindliche Genossenschaftskapital, wobei sich herausstellte, daß das Kapital der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbanken sich in weit stärkerem Umlauf befindet, als das der Genossenschaftsbanken, die dem Geldverkehr der Konsumgenossenschaften dienen. Was vor allem seinen Grund darin hat, daß die landwirtschaftlichen Kreditorganisationen fast ausschließlich dem Personal-kredit dienen, während die Banken der Konsumgenossenschaften neben dem Geldverkehr für den Warenhandel der Finanzierung der Eigenproduktion dienen.

Welche Mittel hierfür zur Verfügung stehen, zeigt die Untersuchung der internationalen genossenschaftlichen Bankkommission. Sie betragen im Jahr 1928 rund 200 Millionen Dollar oder rund 1,00 Milliarden Mark. Davon waren aber nur rund 60 Millionen Dollar oder rund 252 Millionen Mark in der Konsumgenossenschaftsbewegung veranlagt. D. h. also, daß 200 Millionen Dollar oder 840 Mill. M. = 81,7 Proz. des genossenschaftlichen Bankkapitals keine produktive Verwendung im Wirtschaftsprozess der Konsumgenossenschaften fanden.

Die Ursachen dieser eigenartigen Erscheinung werden darin erblickt, daß die Weltwirtschaftskrise die Konsumgenossenschaften zwingt, mit der Anlage ihrer Mittel in Eigenproduktionsbetrieben zurückzuführen, da die vorhandenen Privatunternehmungen ihre Produktion den Bedürfnissen der Konsumgenossenschaften sich zu anpassen bemühen, daß mit der Errichtung von genossenschaftlichen Betrieben der Eigenproduktion in der Jetztzeit ein weit größeres Risiko verbunden ist, als zu Zeiten normaler Wirtschaftsverhältnisse. Eine weitere Ursache des tatsächlichen Brachliegens des Konsumgenossenschaftlichen Betriebskapitals in dem hohen Umlauf von 81,7 Proz. der verfügbaren Bankgelder, dürfte darin zu sehen sein, daß die Konsumgenossenschaften gerade in derartigen schweren Krisenzeiten, wie sie jetzt durchlebt werden müssen, Bankgelder, die aus Spareinlagen bestehen, so liquid erhalten haben, daß sie auf Erfordern stets in der für die Rückgabe bestimmten Zeit ohne Schädigung für die Weiterführung der Betriebe ausgezahlt werden können. Denn Spareinlagen bilden das wichtigste genossenschaftliche Vertrauenskapital, das sich die Konsumgenossenschaften besonders dadurch erworben haben, daß sie die Wertzerstörung der Inflationsperiode ihren Mitgliedern möglichst wenig fühlbar machten, d. h. in der Frage der Aufwertung von Spareinlagen weitestgehendes Entgegenkommen zeigten, wie es bei keinem privaten oder öffentlichen Finanzinstitut (Banken, Sparkassen) der Fall gewesen ist.

Infolgedessen sind beispielsweise beim Zentralverband deutscher Konsumvereine in die Spareinlagen seit dem Jahr 1924 von 48,6 Mill. M., worin etwa 24 Mill. M. Aufwertungsgehalt steckten, auf rund 450 Mill. M. bis heute angewachsen, und sie werden bis Ende des Jahres 1930 wohl eine Milliarde Mark betragen. Davon aber müssen nach den Richtlinien des Zentralverbandes mindestens 50 Proz., „liquid“, d. h. flüssig, zur Auszahlung bereitgehalten werden, können also in der Eigenproduktion keine Verwendung finden. Trotzdem nimmt aber die Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion dauernd zu, denn sie ist von rund 90 Mill. M. im Jahr 1924 auf rund 316 Mill. M. im Jahr 1929 gewachsen; bei der Grozeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im gleichen Zeitraum von 2,0 Mill. M. auf rund 9 Mill. M. Und sie wird weiter wachsen.

Konsumgenossenschaften und Einzelhandel

In dieser Zeit schwerster wirtschaftlicher Interessenkämpfe um Erhaltung der Existenz, gleichviel, ob es sich um die sogenannten Anselbständigen, Beamten, Angestellten, Arbeiter oder um die sogenannten Selbständigen in Handel und Handwerk handelt, ist es sicherlich von großem Interesse, wie die wirtschaftlichen Leistungen der beiden wesenverschiedenen Gruppen Konsumgenossenschaften und Einzelhandel innerhalb der Volkswirtschaft beschaffen sind. Handelt es sich dabei auch nur um einen kleinen Ausschnitt aus dem deutschen Wirtschaftsleben, so lassen sich doch daraus wichtige volkswirtschaftliche Folgerungen ziehen!

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat einen Konsumgenossenschaftlichen Ernährungsindex aufgestellt, um das Gebrede der Mittelständler und sonstiger Unberufener über das „Verlagen“ der Konsumgenossenschaften beim Preisabbau festzustellen. Bei der Feststellung des Konsumgenossenschaftlichen Ernährungsindex wurde zunächst für die Bezirke der Berichtsstellen der durchschnittliche Preisstand der wichtigsten Bedarfsgegenstände, die bei der Berechnung des amtlichen Ernährungsindex als Grundlage dienen (Brot, Mählenerzeugnisse, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Gemüße, Fleischwaren, Fette, Käse, Eier, Milch, Zucker, Kaffee, Kakaoo, Salz, Serringe usw.) ermittelt. Die Berechnung der Bedarfsgruppenpreise im Reichsdurchschnitt erfolgt auf Grund der von allen Berichtsstellen gemeldeten Preisermittlungsergebnisse. Unter Benützung der Reichsdurchschnittspreise wird der Wert des „Einkaufsforbes“, dessen Inhalt dem normalen Vierwochenbedarf einer Arbeiterfamilie (zwei Erwachsene und drei Kinder im Alter von 14, 7 und 1½ Jahren) entsprechen soll, errechnet. Der Wert des „Einkaufsforbes“ bildet dann die Grundlage zur Feststellung des Ernährungsindex. Es kam auf diesen einwandfreien Grundlagen zu folgenden Feststellungen. Vom Jahr 1926 bis zum Jahr 1930 ist der vom Statistischen Reichsamt errechnete Ernährungsindex von 144,4

auf 133,5, also um 10,9 Punkte oder 7,5 Proz. gesunken. In dem gleichen Zeitraum ging der genossenschaftliche Ernährungsindex um 8,6 Punkte oder um 8,7 Proz. zurück. Die Konsumgenossenschaften haben also in den letzten fünf Jahren ihre Preise für die wichtigsten Massenbedarfsgegenstände in einem größeren Umfange gesenkt als der an den amtlichen Preisstandsberhebungen beteiligte deutsche Lebensmittel Einzelhandel. Die Gegenüberstellung läßt jedoch noch eine weitere, sehr wichtige Tatsache erkennen. Während der Konsumgenossenschaftliche Index in den drei Jahren von 1926 bis 1928 nur um 3,1 Punkte oder reichlich 3 Proz. stieg, erhöhte sich der amtliche Ernährungsindex in diesen drei Jahren um 7,9 Punkte oder um 5,5 Proz. Und obwohl im Jahr 1929 der Konsumgenossenschaftliche Index trotz der geringeren Steigerung in den Vorjahren um 0,2 Punkte zurückging, stieg der amtliche Index in dem gleichen Jahr um weitere 2,2 Punkte oder um 1,4 Proz. Die Lebensmittelpreise des Einzelhandels sind im Durchschnitt der Jahre 1927 bis 1930 um 3 Proz. höher gelegen, was bei einem geschätzten Verbrauch von 80 Milliarden Mark in vier Jahren die schöne Summe von 2,4 Milliarden Mark ergibt, oder 600 Millionen pro Jahr — ein Drittel der Reparationslast des deutschen Volkes! Womit natürlich nicht gesagt sein will, daß diese Beträge als Gewinne des Einzelhandels anzusehen wären; aber als überflüssige Unkosten des ausgeführten Handelsapparates. Und woraus sich ergibt, daß die Konsumgenossenschaftliche Güterverteilung eine volkswirtschaftlich zweckmäßigere Wirtschaftsform darstellt, weil sie dem Wesen nach — Rationalisierung bedeutet. Während der Einzelhandel infolge des „Spiels der freien Kräfte“ das Gegenteil von Rationalisierung darstellt, indem eine starke absolute und relative Vermehrung sein Kennzeichen ist, was nicht höheren Gewinn, sondern Steigerung der Unkosten zu Lasten der Verbraucher bringt.

Ist doch durch reichsamtliche Statistik festgestellt, daß die Zahl der selbständigen Betriebe im Warenhandel von 650 000 mit 1 980 000 beschäftigten Personen im Jahr 1907 auf 947 300 Betriebe mit 3 212 000 beschäftigten Personen im Jahr 1925 gestiegen ist. Im gleichen Zeitraum fiel die Zahl der Industrie- und Handwerksbetriebe von 1 850 000 auf 1 785 000, während die Zahl der in der Industrie allein beschäftigten Personen von 9 800 000 auf 13 289 000 gestiegen ist, worin sich die starke Konzentration der Industriebetriebe ausbrückt.

Aber auch diese Vergleiche zeigen das volkswirtschaftliche Zurückbleiben des Einzelhandels in der Leistung, während die Konsumgenossenschaften durch rationalisierte Warenverteilung die Preisbildung zugunsten der Verbraucher stark beeinflussen. Daraus müssen entsprechende Folgerungen gezogen werden.

Die Großmacht der „kleinen Leute“

So anmahend es klingen mag: die Hauswirtschaft der „kleinen Leute“ bildet eine volkswirtschaftliche Großmacht. Man empfindet dies niemals stärker als in wirtschaftlichen Notzeiten. Der Begriff „Konsum“, womit man die Verteilungsstelle einer Konsumgenossenschaft meint, hat Weltgeltung, und in Deutschland kennt ihn jedes Kind. Wie es nun mit dieser Großmacht beschaffen ist, ergibt sich aus dem Umfang der Konsumgenossenschaftlichen Güterbewegung, die als Warenverorgung von Millionen deutscher Familien in die Erscheinung tritt. Um nahezu vier Millionen Familien mit dem täglichen Lebensmittelpbedarf, auseten auch mit sogenannten Hausstandsartikeln, Wätsche und Kleidung zu versorgen, dazu gehört schon eine großartig aufgebauete Organisation, wie sie in den rund 1800 Konsumgenossenschaften vorhanden ist. Und man darf ihre wirtschaftliche Bedeutung nicht nur im einzelnen abschätzen, wie etwa den Privathandel, sondern man muß sie „volkswirtschaftlich“ sehen. Schon aus dem Grunde, weil sie in zehn Landes- und zwei großen Zentralorganisationen zusammengefaßt sind, um durch die wirtschaftliche Kräftekonzentration der vier Millionen Verbraucherfamilien den höchstmöglichen Nutzeffekt aus der Kaufkraft auf der kleinsten Einkommen herauszubringen. Versteht sich, für die Familien selbst. Denn das ist leicht anzusehen, daß der genossenschaftliche Grozeinkauf, wie ihn die Konsumgenossenschaften schon an und für sich, noch mehr aber durch ihre großen Waren- und Produktionszentralen betätigen können, in Qualität und Preis der Ware zum Ausdruck kommen müssen. Demgegenüber bleibt der Privathandel auf den Gebieten, wo ihn der „Konsum“ gegenübersteht, unbedingt im Hintertreffen. Denn er hat keine Konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucherfamilien als Kundenschaft; er muß mit laubbildigen Privatgeschäften auf dem „freien Markt“ konkurrieren, was Geld- und Warenrisiko bedeutet.

Infolgedessen haben die Konsumgenossenschaften einen Stand wirtschaftlicher Großmacht erreicht, wie man es sich vor drei Jahrzehnten noch nicht hat denken können. Und alles Gebrede ihrer Gegner über die „sozialdemokratischen“ Konsumgenossenschaften hat nur den geschäftlichen Zweck, die Bevölkerung über die Tatsache wegzutäuschen, daß es sich bei den Konsumgenossenschaften um reine wirtschaftliche Verbraucherorganisationen handelt, die der gemeinnützigen Warenverorgung ihrer Mitglieder dienen. Was sinnenfälig auch darin zum Ausdruck kommt, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zwar über eine Million Mitglieder zählt, die Konsumgenossenschaften aber rund vier Millionen.

Diese wirtschaftliche Großmacht der „kleinen Leute“ zeigt sich darin, daß ihre Mitgliederzahl von 2 439 000 Familien im Jahre 1914 auf nahezu 4 Millionen im Jahre 1930 gestiegen ist. Und die Warenverorgung von 538 Mill. Mark auf 1 352 Mill. M., wozu noch der Warenumsatz der

konsumgenossenschaftlichen Großhandels- und Produktionszentralen mit 105 Mill. M. im Jahre 1914 und 500 Mill. Mark im Jahre 1930 kommt, so daß die konsumgenossenschaftliche Güterbewegung den Jahresbetrag von nahezu 2000 Mill. M. (lies: 2 Milliarden Mark!) erreicht hat.

Damit hat die konsumgenossenschaftliche Bewegung Deutschlands beispielsweise die Güterbewegung der Vereinigten Stahlwerke (Wohsum), des größten kapitalistischen Konzerns, mit rund 1450 Mill. M. weit übertroffen, und die gigantischen Warenabsatzkonzerne Leonhard Tietz mit 100 Mill. M. und Rudolf Karstadt mit 400 Mill. M., zusammen also mit 590 Mill. M., mustern noch nicht den dritten Teil der Güterbewegung der konsumgenossenschaftlichen Großmacht.

Diese wirtschaftliche Großmacht der „Meinen Leute“ in Stadt und Land weiter zu stärken, das ist gerade in Notzeiten wie den jetzigen die Aufgabe des Tages. Und wären die finanziellen Erparnisse im „Konsum“ — neben wichtigsten Waren stets gute Qualität! — noch so gering, dann gälte doch das Wort: „Wer heute den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert!“ —

Korrespondenzen

Hugsburg. Unsere Generalversammlung am 21. Februar war sehr gut besucht. Der Lohnabbauch hatte die Kollegen mobil gemacht. Eingangs der Versammlung erfolgte die Ehrung zweier verdienstvoller Mitglieder. Die Jahresberichte der verschiedenen leitenden Funktionäre fanden unter dem Einfluß der gegenwärtigen mißlichen Wirtschaftsverhältnisse, die wenig Aussicht auf eine baldige Besserung zeigen. Ortsvereinsvorsitzender Stier gab dann einen Bericht über die nach den Lohnverhandlungen in Wüdingen abgehaltene Vorstandskonferenz. Die Aussprache hierzu zeigte die große Verbitterung, die der ungerade Lohnabbauschiedspruch unter den Kollegen erzeugt hatte. Die brisante Ablehnung der gegenseitig angebotenen Arbeitszeiterückzahlung entspricht so recht der antizipierten Einstellung unserer Unternehmer. Anstatt in erster Linie an die Verminderung des Heeres der Arbeitslosen zu denken, entgeht man den noch in Arbeit Stehenden ihren wohlverdienten Anteil an der Produktion und schwächt damit auch die Kaufkraft. Vom Preisabbau hatten wir in Hugsburg noch sehr wenig zu spüren. Die Wahl des Vorstandes ergab im allgemeinen die alte Vorstandsschaft.

Baden-Baden. In einer sehr gut besuchten Protokollversammlung am 8. Februar nahmen die hiesigen Kollegen gegen den vom Zentralausschussamt gefällten Schiedspruch Stellung. Nach einleitenden Worten unseres Vorsitzenden Bender protestierte dieser in scharfen Worten gegen den beabsichtigten Lohnraub, dabei besonders betonend, daß von dem Gehaltsmaterial nicht im geringsten Notz genommen wurde. In der anschließenden Diskussion kam der einmütige Wille aller Kollegen zum Ausdruck, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Verbindlichkeitsklärung anzutreten. Eine entsprechende Entschliessung wurde einstimmig angenommen und sofort an den Vorstandsvorstand abgelehnt. Anschließend an die Protokollversammlung wurde in schlichter Weise Kollege Emil Baumgartner für 50jährige Verbandszugehörigkeit geehrt. Der Jubilar, der rüstig und froher Stimmung unter uns weilt, brachte es fertig, in launigen Worten seinen Werdegang als Buchdrucker zu schildern. Vorsitzender Bender dankte dem Gelehrten für seine lange Tätigkeit als Funktionär und Gewerkschaftler und übermittelte anschließend die Glückwünsche des Verbandes, des Gau- und des Bezirksvorstandes. Auch der Ortsverein Baden-Baden schließt sich den Wünschen an und gibt der Hoffnung Ausdruck, den alten Kämpen noch oft in seiner Mitte weilen zu sehen.

Bremen. Die hiesige Gehilfenschaft beschäftigte sich noch einmal mit dem uns ankündigten Lohnabbauschiedspruch in der am 21. Februar abgehaltenen, stark besuchten Versammlung mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: Stellungnahme zu dem Antwortschreiben der Bremer Prinzipale anlässlich unserer Lohnbewegung. In der vorletzten Versammlung wurde die Wahl einer Kommission vorgenommen, die dann am nächsten Tage mit den hiesigen Prinzipalen in Verhandlungen trat, um die berechtigten Wünsche der Gehilfenschaft, in der Hauptsache aber die Arbeitszeiterückzahlung, in den Vordergrund schiebend, zur Kenntnis zu bringen. Die Antwort der Gegenpartei lautete, erst den weiteren Verlauf der zentralen Lohnverhandlungen abzuwarten, um sich dann noch einmal an den Verhandlungstisch zu setzen. Nach der Verbindlichkeitsklärung des Spruches durch den Reichsarbeitsminister dachten die Herren Prinzipale nicht mehr daran, noch mit der Gehilfenschaft weiter zu verhandeln. Das wahre Gesicht der Unternehmer wurde durch den Vorsitzenden Herrn Schierenbeck in einem rigorosen Schreiben zum Ausdruck gebracht, das in der Betriebsrat- und Vertrauensmännerversammlung am 18. Februar großen Anstoss auslöste. Bezirksvorsitzender Gokert ging in der Versammlung noch einmal in längeren Darlegungen auf den ganzen Verlauf der Lohnbewegung ein, dabei besonders betonend, jeden Abbau der Leistungszulagen unbedingt zu verhindern. In der Aussprache löste das Antwortschreiben starke Entrüstung aus und scharfe Angriffe richteten sich gegen den Vorsitzenden des Bremer Prinzipalsvereins, der sich sonst bei allen Gelegenheiten gern ein soziales Mäntelchen umhängen möchte. Trotzdem ist anzunehmen, daß es auch hier noch einseitige Interessen gibt, die nicht der Ansicht des Herrn Schierenbeck sind, wie deutlich aus den Berichten von Betriebsräten hervorging. Wenn auch von einem Kampf zur Zeit abzusehen wurde, so ist hier aufgeschoben nicht aufgehoben und die Bremer Buchdrucker werden sich für den nächsten Lohnkampf entsprechend einzustellen wissen. Nach dreitägiger Verhandlung brachte die Kollegenchaft ihren Willen in nachfolgender Entschliessung einstimmig zum Ausdruck: „Die außerordentliche Bezirksversammlung des Bezirksvereins Bremen nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem rigorosen Antwortschreiben der Bremer Buchdruckunternehmer auf die berechtigten Wünsche der Bremer Gehilfenschaft. Sie erkennt in dem Schreiben den Willen der Drahtzieher im Unternehmenslager, auch im Buchdruckgewerbe die Methoden brutalen Scharfmachertums zur Anwendung zu bringen. Die Scharfmacher der

Arbeitgebervereinigung können das Verdienst für sich beanspruchen, wesentlich zur Stärkung der Fronten beigetragen zu haben. In dieser Erkenntnis der Tatsache, daß die Unternehmer ohne Rücksicht auf die tatsächliche Lage im Gewerbe den trassen Kampfpunkt einengenommen haben, beschließt die Versammlung: 1. Die Vorstände (Gau und Bezirk) werden beauftragt, alle Vorbereitungen zu treffen, um den infolge gefestigter Bindungen im Augenblick nicht möglichen Abwehrkampf für den geeigneten Moment zu organisieren. 2. In allen Betrieben, in denen die Leitung den Wünschen der Gehilfenschaft feinerlei Verständnis entgegenbringt, werden ab Montag, dem 23. Februar, sämtliche Überstunden verboten. Zuwiderhandelnde Verbandsmitglieder haben mit dem Ausschluss zu rechnen.“

Düsseldorf. (Drucker.) Am 25. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die nur von 35 Kollegen besucht war. Die Tagesordnung war sehr umfangreich, fanden doch auf dieser sehr wichtige Punkte, die auch auf die Nichtversammlungsbesucher hätten einen etwas größeren Einfluss ausüben müssen. Den Jahresbericht gab Kollege Zinner sehr ausführlich. Es ist hier immer noch das alte Bild, woran auch andre Brudervereine tranken, an der so geringen Beteiligung der Mitglieder. So war denn auf Grund einer Verammlungsstatistik festgestellt worden, daß nur 21 Proz. der Mitglieder sich am Leben der Vereinigung beteiligen. Dieser geringe Prozentsatz hielt dann auch verschiedene ins Auge gefasste Punkte der Tagesordnung ab. Alle Anwesenden wurden aufgefordert, sich mehr als bisher in den Dienst der Sparte zu stellen sowie an der Durchführung der Sonderbestimmungen mitzuwirken. Die Kassenverhältnisse sind der heutigen Zeit entsprechend zufriedenstellend. Die Generalversammlung hatte sich mit Ausschließen von Restanten zu beschließen, es fanden nicht weniger als zehn Kollegen auf der Liste. Es ist sehr bedauerlich, daß die Kollegen nicht ein größeres Interesse für ihre Sparte haben, wo doch ein Teil der Auszuschließenden ihr Sachwissen von der Sparte oder deren Mitgliedern erhalten haben. Der Ausschluß der zehn Kollegen erfolgte einstimmig. Die dann gefällte Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes, mit Ausnahme des Beisitzerpostens, der neu besetzt wurde. Die Technische Kommission brachte ein etwas anderes Bild. Zwei auf guter sachtechnischer Stufe stehende Kollegen wurden als Ersatz für die zwei ausgeschiedenen Kollegen gewählt. Unter dem Punkt „Technisches“ bot Herr Ingenieur Hillesheimer von der Firma Interprint G. m. b. H. einen kleinen instruktiven Lichtbildvortrag über die Mischel-Verfahren. Er fand begeisterte Aufnahme und der Referent forderte alle auf, sich an der Beschäftigung der Maschine, verbunden mit praktischen Vorführungen, zu beteiligen. Auch an dieser Stelle der Firma Interprint sowie dem Herrn Hillesheimer besten Dank. Am Schluß der Versammlung bat der Vorsitzende die Kollegen, mehr als bisher zur Sparte zu halten, denn Geflossenheit sei stets ein Bollwerk gegen Stürme auf gewerkschaftlichem und tariflichem Gebiet. Weiter wies er darauf hin, daß der Rheinisch-Westfälische Drucktag, der zu dem diesjährigen hier in Düsseldorf stattfindet, die erste Probe der Geflossenheit für alle Spartenkollegen in unsem Kreis sei.

Rehl. Am 4. Februar fand unsere Generalversammlung statt, die sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte. In Bezug auf Arbeitszeiterückzahlung können wir mit dem abgelaufenen Jahr zufrieden sein. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Dem Kassierer wurde nach Verlesung des Kassenberichts, aus dem hervorging, daß auch dieses Jahr hier wieder viele Kollegen durchreifen, die Letztatum erhielten, der Dank für seine Arbeit ausgesprochen und Entlastung erteilt. In einer anschließenden Aussprache wurde der Lohnschiedspruch einstimmig abgelehnt und betont, trotz aller Schwierigkeiten treu zum Verband halten zu wollen.

Rade. In der gut besuchten Generalversammlung am 22. Februar konnte Kollege Reibel Kollegen Sandfort (Freiburg) und den Vorsitzenden der Gauvereinigung der Handseger, Kollegen Jeller (Freiburg), begrüßen. Nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen erteilte der Vorsitzende den Jahresbericht. Er wies einleitend auf die ungenügende Mitarbeit der Kollegen in den Produktionsprozessen ein; man war lediglich darauf bedacht, nicht direkt notwendige Entlassungen zu verhindern. Der Bezirk zählte am Schluß des Jahres bei einem Mitgliederstand von 249 insgesamt 46 Arbeitslose, davon allein am Borort 29, wozu am Borort noch 50 Pros. Kurzarbeiter kamen. Sehr viele Eingaben, Einsprüche und Auskunftsverteilungen waren zu erledigen, auch waren einige Klagen vor den Arbeitsgerichten auszurufen. Die bei den Arbeitsämtern und Arbeitsgerichten erzielten materiellen Erfolge sind nicht gering; es wurde für die betreffenden Kollegen die Summe von insgesamt 2213 M. herausgeholt. Die Lehrlingsabteilungen sind auf der Höhe. Gegen untarifliche Einstellungen mußte in mehreren Fällen der Fadausschuss angerufen und wegen ungeschickter Befristungsbildung in einem Fall Schöbenerklage angebracht werden. Alle Klagen hatten Erfolg. Organisatorisch ist der Bezirk auf der Höhe, das Zusammenarbeiten mit den Funktionären war ein gutes. Am Schluß seiner Ausführungen dankte der Vorsitzende für die gute Unterhaltung und verband damit den Wunsch, daß die Kollegen auch jetzt, trotz der Schlappie, die wir durch den staakligen Zwangsschiedspruch erlitten haben, fest zusammenstehen, um es der Organisation zu ermöglichen, bei gegebener Gelegenheit das von den Unternehmern wieder zu holen, was uns mit einer nichtsagenden Begründung genommen wurde. Der Bericht des Kollegen Schnur zeigte, daß die Kassenverhältnisse in guter Ordnung sind. Kollege Sandfort verlas hierauf den Verlauf der Lohnverhandlungen. Der Schiedspruch und seine Verbindlichkeitsklärung sei alles anders als gerecht. Von einem Preisabbau sei überhaupt nichts zu spüren und die Begründung, daß man den Buchdruckern nur deshalb abbauen müsse, weil man vorher auch andern Berufsgruppen abbauen, lasse vermuten, daß die ganzen Verhandlungen nur noch Formspiele waren. Die Frage der Arbeitszeiterückzahlung, die mit aller Energie von unsern Vertretern verteidigt wurde, scheiterte leider an „formalen“ Recht. Daraus gehe hervor, daß es den Unternehmern mit der Schiedsalsgemeinschaft immer nur dann ernst sei, wenn etwas für sie herauspringe. Zum Schluß seiner Ausführungen ersuchte er die Kollegen,

treu zum Verband zu halten und durch Geflossenheit die Vorbedingung dafür zu schaffen, daß nach diesem Lohnraub nicht auch noch die von den Unternehmern verlustige Rüstung der Leistungszulagen durchgeführt werden könne. Die Organisation werde alle in dieser Frage geführten Abwehrbewegungen unterstützen. Die Aussprache über den Gehaltsbericht und den Bericht des Kollegen Sandfort war sehr lebhaft. An der heutigen Handhabung des Schiedswesens könnten wir kein Interesse mehr haben, wenn nicht sofort Umkehr gehalten wird. Der ADGB habe die Pflicht, seine ganze Kraft für eine Änderung des Schiedswesens einzusetzen. Aber auch die Regierung müsse dahin gebracht werden, in Betracht der großen Arbeitslosigkeit ihr Augenmerk mehr als jeher der Arbeitszeiterückzahlung zu widmen. Man habe früher durch Verordnung der Arbeiterschaft die Möglichkeit gegeben, die Tarifverträge zwecks Verlängerung der Arbeitszeit zu kündigen; heute habe die Regierung ebenfalls Gelegenheit durch Verordnung eine Verlängerung der Arbeitszeit anzuordnen. Der Weg, den der Verbandsvorstand gezeigt habe, sei gangbar. Von der Opposition wurde für die ganzen Verhältnisse der ADGB und die SPD. verantwortlich gemacht, was allerdings den Widerspruch der Mehrheit der Versammlung hervorrief. In einem war sich jedoch die ganze Versammlung einig: Nicht der Organisation den Rücken kehren, sondern durch tatkräftige Mitarbeit die Vorbedingung zu schaffen für eine alsbaldige Auswegung dieser Beschäftigten. In ihrem Schlusswort gingen die Kollegen Reibel und Sandfort auf die Ausführungen der einzelnen Redner ausgiebig ein und drachten so noch viel Aufklärung unter die Anwesenden. Die Vorstandswahlen wurden schnell erledigt, indem der alte Vorstand wiedergewählt wurde. Bezirksbeitrag und Entschliessung wurden wie jeher festgelegt. Die Sommerbezirksversammlung findet auf dem Schönberg bei Laß statt.

Randau (Pfalz). Unsere Generalversammlung am 1. Februar hatte ausnahmsweise einen sehr guten Besuch aufzuweisen, hauptsächlich von jungen Kollegen. Nach Erledigung des Kassen- und Revisionsberichts erteilte der Vorsitzende seinen Jahresbericht. Das Jahr 1930 war für den Ortsverein sehr wenig befriedigend. Die Arbeitslosenzahl wurde immer größer und überall herrschte Kurzarbeit. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand per Affirmation wiedergewählt, mit Ausnahme des Schriftführers, der eine Wiederwahl ablehnte. Kollege Berger äh hier hielt sodann einen zeitgemäßen Vortrag über das Thema „Der Produktionsprozess und wir“. Er fand bei allen Kollegen guten Anklang. Wir hoffen, daß die jungen und mandmal auch die alten Kollegen Lehren aus diesem Vortrag ziehen. Es folgte noch die Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

Rürnberg. (Handseger.) Unsere Generalversammlung am 30. Januar erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Eingangs der Versammlung begrüßte Vorsitzender Sauer den Kollegen Finke (Fürtz), der als Referent für den Abend gewonnen worden war, sowie den Ortsvorstand der Mitgliederchaft Nürnberg, die Kollegen aus Fürtz, die heute zum ersten Male in unserer Mitte weilten, und die übrigen Kollegen. Hierauf referierte Kollege Finke über das Thema „Der Handseger im heutigen Arbeitsprozess“. Er führte uns in seinem einstündigen Referat vor Augen, wie er sich einen Handseger in einer modernen Druckerei vorstellt in Beziehung auf Hygiene, Bedeutung des Arbeitsplatzes und Raumbelichtung, weiter behandelte er sehr präzis die Themen: Handseger und Schmalzschneide; das Handwertzeug des Handsegers; die Hilfsmaschinen des Handsegers; der Handseger und seine Beziehungen zum Korrektor, Drucker und Stereotypist; die Schärform im Offset- und Tiefdruckverfahren und als letztes der Handseger als Arbeiter, Künstler und Wissenschaftler. Alle seine Ausführungen lösten vollste Begeisterung bei den Anwesenden aus, wofür ihm starker Beifall spendet wurde. Hierauf gab Vorsitzender Sauer einen kurzen Rückblick über das verlossene Jahr. Unser Mitgliederstand liegt nun 300 auf 321, demgegenüber sind allerdings 70 Arbeitslose zu verzeichnen. Er gestellte auch die Interesselosigkeit beim Verammlungsbesuch. Die Zusammenarbeit mit der Mitgliederchaft und dem Bildungsverband ist als gut zu bezeichnen. Zum Jahresabschluss wurde noch die Verammlung der Fürtzher Handsegervereinigung mit der Nürnberger Vereinigung vollzogen. Zum Schluß seiner Ausführungen gedachte der Vorsitzende ehrend des verstorbenen Kollegen Woosler, der auch längere Zeit in unserer Verwaltung tätig war. Kollege Mathes als Kassierer gab den Kassenbericht. Kollege Kronrad Schmidt erteilte einen kurzen Bericht über die Berechnungskommission. Die alte Vorstandsschaft wurde bis auf den ersten und zweiten Schriftführer einstimmig wiedergewählt. Zum Schluß gab Kollege Sauer aus dem Mitteilungsblatt der Zentral-Kommission und dem Berliner Mitteilungsblatt noch einiges bekannt und appellierte an die Mitglieder, tatkräftig mitzuarbeiten am Ausbau unserer Vereinigung.

Sad Denshausen. Am 7. Februar fand unsere Jahreshauptversammlung statt, die nicht den sonst gewohnten Besuch aufzuweisen hatte. Vorsitzender K. Meyer entrollte in seinem Jahresbericht ein Bild über die Krise unter Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse. In Wotho hätten wir, trotz früherer Mißerfolge, unsere Arbeit wieder aufgenommen und in einer dort abgehaltenen Zusammenkunft einen großen Teil der Kollegen unserer Organisation zuführen können. Für 188 durchreisende Kollegen brachte unsre Ortskasse den Betrag von 94 M. auf. Durch einen Sonderbeitrag von 2 M. konnten wir unsern arbeitslosen Kollegen ein kleines Weihnachtsgeld geben. Der Mitgliederstand betrug 37, davon waren 8 Kollegen arbeitslos. Zum Schluß ging der Vorsitzende noch auf den Schiedspruch ein, der allgemeine Empörung hervorrief. Wenn die Kollegen die Worte unres Kollegen Kraus beherzigen: „Verband ist Verbundenheit und Verbundenheit bedeutet Macht“, dann braucht uns um die Zukunft nicht bange sein. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des jetzigen Vorstandes.

Sonabrück. Am 22. Februar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Hier ging eine Konferenz der Funktionäre unres Bezirks voraus, die von fast allen Orten unres weiterverzweigten Bezirks besucht war. Organisatorische und tarifliche Fragen bildeten die Tagesordnung, und mancher Rat konnte den Teilnehmern mit auf den Weg gegeben werden. Anschließend wurde dann von Kollegen Herlichius die außerordentlich gut besuchte Versammlung mit einem Hinweis darauf eröffnet, daß es die 50. Generalversammlung des Ortsvereins sei.

